

Gumbert | Bohn | Fuchs | Lennartz | Müller [Hrsg.]

Demokratie und Nachhaltigkeit

Aktuelle Perspektiven auf ein
komplexes Spannungsverhältnis



Nomos

Tobias Gumbert | Carolin Bohn | Doris Fuchs
Benedikt Lennartz | Christian J. Müller [Hrsg.]

Demokratie und Nachhaltigkeit

Aktuelle Perspektiven auf ein
komplexes Spannungsverhältnis



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8809-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-3447-9 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die Idee zum vorliegenden Band entstand im Rahmen einer mittlerweile engen und sehr wertgeschätzten Kooperation zwischen der Akademie FRANZ HITZE HAUS und dem Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung (ZIN) der WWU Münster. Die Akademie arbeitet seit fast 70 Jahren als Einrichtung des Bistums Münster in der Erwachsenenbildung. Fragen der politischen Bildung und der Erziehung zur Demokratie gehören – getreu dem Diktum Böckenfördes – zum Kern ihres Auftrags, ebenso wie die entwicklungspolitische Bildung unter der Perspektive einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten. Dass auch die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft wesentlicher Bestandteil der Arbeit ist, liegt daher auf der Hand. Die Akademie arbeitet dabei an einer Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft: Sie bietet einen Raum, um wissenschaftliche Fachdiskurse auch einer interessierten Öffentlichkeit vorzustellen und in die Diskussion einzutreten – im Kontext der Transformation tut sie dies seit längerem in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung. Auch der vorliegende Band versammelt einige Beiträge, die aus dieser fruchtbaren Kooperation heraus entstanden sind. Am 18. und 19. Dezember 2020 trafen sich (pandemiebedingt im virtuellen Konferenzsaal) Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen, Praktiker*innen sowie eine große Zahl interessierter Teilnehmer*innen im Rahmen der Tagung „Politik in Zeiten des Klimawandels“ um Fragen an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit zu diskutieren. Die hier vorgestellten Thematiken wurden im Nachgang zur Tagung durch weitere Beiträge ergänzt, so dass der vorliegende Sammelband vielen aktuellen Perspektiven auf dieses Spannungsfeld Raum bietet.

Eine der zentralen Fragen, mit denen sich der Band auseinandersetzt, ist die Frage danach, wie die Demokratie als Staatsform und ihre partizipativen Instrumente eine sozial-ökologische Transformation befördern können. Angesichts des zunehmenden Handlungsdrucks wird zuweilen die Befürchtung geäußert, die demokratischen und auf Zustimmung von Mehrheiten ausgelegten Entscheidungsprozesse seien nicht in der Lage, die notwendigen Entscheidungen in der erforderlichen Geschwindigkeit zu treffen und umzusetzen. „Kann“ also, etwas zugespitzt formuliert, „Demokratie Nachhaltigkeit?“. Die Autor*innen dieses Bandes beschäftigen sich aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven mit zentralen Fragen

Vorwort

in diesem Kontext: Welche Rolle spielen ethische Argumente in der Debatte? Welche praktischen Lösungsansätze werden unter Zuhilfenahme demokratischer „Werkzeuge“ heute bereits erprobt? Müssen womöglich demokratische Institutionen und Prozesse modifiziert werden, um tragfähige Lösungen in der noch zur Verfügung stehenden Zeit zu finden? Wie kann das gelingen, ohne mühsam erstrittene demokratische Werte zu gefährden und gleichzeitig weiterhin die Einhaltung des 1,5-Grad Zieles als klimapolitische Weichenstellung ernst zu nehmen?

Wir danken herzlich allen, die mit ihren Beiträgen zum Gelingen sowohl der Tagung als auch dieser Publikation beigetragen haben!

Christian Müller, Carolin Bohn, Doris Fuchs, Tobias Gumbert und Benedikt Lennartz

Inhalt

Demokratische Nachhaltigkeitspolitik im Anthropozän <i>Tobias Gumbert, Carolin Bohn, Doris Fuchs, Benedikt Lennartz</i>	9
--	---

Konzeptuelle Debatten

Demokratie und Nachhaltigkeit – Welche Rolle spielt die Ethik? <i>Anne Käfer</i>	37
---	----

Freiheit und Nachhaltigkeit <i>Claus Dierksmeier</i>	51
---	----

Verantwortliches Klimahandeln: Konsumentenverantwortung ist nötig, reicht aber nicht <i>Armin Grunwald</i>	73
--	----

Nachhaltigkeitstransformationen in Zeiten des Populismus: Ansatzpunkte einer integrierten Betrachtung <i>Basil Bornemann</i>	93
--	----

Praktische Herausforderungen

Die Ungleichverteilung von Engagement und Beteiligung in Deutschland – Herausforderung für eine gelingende Nachhaltigkeitstransformation <i>Lena Siepker</i>	119
---	-----

Zwischen politischer Partizipation und kritischem Konsum: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen für die Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft <i>Sigrid Kannengiesser</i>	137
---	-----

Inhalt

Zivilgesellschaftliches Engagement für eine nachhaltigere Gesellschaft – Die Initiative Lieferkettengesetz <i>Christian Wimberger und Benedikt Lennartz</i>	149
--	-----

Demokratische Entwürfe

So könnte eine Demokratie aussehen, die Nachhaltigkeit kann <i>Bernward Gesang</i>	169
---	-----

Der Übergang ins Anthropozän erfordert eine Weiterentwicklung der Demokratie <i>Jörg Tremmel</i>	193
---	-----

Die Grenzen des nachhaltigen Konsums – Entwürfe zur demokratischen Reorganisation liberaler Konsumgesellschaften <i>Tobias Gumbert</i>	217
---	-----

Kurzbiografien der Autor*innen	249
--------------------------------	-----

Demokratische Nachhaltigkeitspolitik im Anthropozän

Tobias Gumbert, Carolin Bohn, Doris Fuchs, Benedikt Lennartz

1 Einleitung

Die Herausforderungen des Klimawandels und damit verbundene Anforderungen an die Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien sind, trotz nach wie vor zahlreicher konträrer Stimmen, als zentrale gesellschaftliche Aufgaben akzeptiert. Kaufentscheidungen, Mobilitätsverhalten, Ernährungsgewohnheiten – das Leben ist heute in all seinen Facetten einer ständigen Prüfung daraufhin unterzogen, ob es nicht auch „klimafreundlicher“ ginge. Damit ist in aller Regel ein reduzierter Verbrauch von endlichen Ressourcen und ein Vermeiden von Treibhausgas-Emissionen gemeint. Was sich auf individueller Ebene vollzieht setzt sich auf Ebene von Organisationen fort: Unternehmen (insbesondere jene, die ihre Geschäfte nicht in einem begrenzten regionalen Raum abwickeln) sollen zunehmend ihre eigenen Lieferketten prüfen und überwachen und dabei auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards achten. Das öffentliche Beschaffungswesen ist ebenfalls dazu angehalten sich an fairen und ökologisch verantwortlichen Leitlinien zu orientieren, angefangen vom Essen in der Kantine bis hin zu biobasierten Büroutensilien auf den Schreibtischen.

Der jüngste IPCC-Bericht (IPCC 2022) hat die Notwendigkeit dieser Dynamik untermauert: Der IPCC gibt an, dass selbst konservative Szenarien zur Erderwärmung die Überschreitung des 1,5°C-Ziels bereits für die nahe Zukunft prognostizieren.¹ Dabei nimmt der Bericht eine Kartographierung der zunehmenden Extremwetterereignisse und der daraus resultierenden Einflüsse auf unterschiedliche Ökosysteme und menschliche Gemeinschaften vor. Insbesondere die Menschen im globalen Süden sind überproportional von den Klimaveränderungen betroffen, während ihre Verursachung vor allem in Nordamerika und Europa, sowie zunehmend

¹ „Considering all five illustrative scenarios assessed by WGI [working group I], there is at least a greater than 50% likelihood that global warming will reach or exceed 1.5°C in the near-term, even for the very low greenhouse gas emissions scenario.“ (IPCC 2022, 10).

in Ländern mit rapide expandierenden Mittelschichten, wie der VR China, begründet liegt. Die Klimakrise ist damit geprägt von immenser globaler Ungleichheit, während die Klimapolitik vor allem dem Versuch der Absicherung von in der Vergangenheit (unter Ausbeutung) erworbenen Privilegien zu dienen scheint. Dies hat einige Autor*innen dazu bewogen, den Begriff der „imperialen Lebensweise“ für diesen Zusammenhang zu gebrauchen (Brand und Wissen 2017; siehe auch Lessenich 2016).

Etwa seit 1950, dem Zeitpunkt der „Großen Beschleunigung“, nimmt der menschliche Naturverbrauch rasant zu: viele Marker des menschlichen Einflusses auf das Ökosystem (atmosphärische CO₂-Konzentration, Abholzung des Regenwaldes, Verlust der Biodiversität, etc.) steigen seit diesem Zeitpunkt exponentiell an (Steffen et al. 2011). Dass der Mensch dem aktuellen Zeitalter auf eine unvergleichliche Weise seinen Stempel aufdrückt, und damit im nach ihm benannten Anthropozän angekommen ist, ist kaum noch zu leugnen, auch wenn zur Anerkennung dieser neuen geologischen Einteilung noch Abstimmungen fachlicher Gesellschaften ausstehen (siehe Tremmel in diesem Band). Die globale Gemeinschaft hat in den 1980er Jahren damit angefangen, diese Zusammenhänge als Problem zu erkennen. Über mehrere große internationale Klimakonferenzen hinweg wurde versucht, die unterschiedlichen Ansprüche und Zielvorstellungen wirtschaftlicher Entwicklung und Armutsbekämpfung mit dem Schutz natürlicher Ressourcen und des Klimas in Einklang zu bringen. Erst 2015, mit dem Pariser Abkommen sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDGs), ist zum ersten Mal so etwas wie ein globaler Fahrplan erkennbar. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich ihrer Verantwortung versichert und Maßnahmen und Mechanismen ergriffen, um insbesondere national ambitionierte Ziele zu entwickeln und umzusetzen (für kritische Stimmen zur Ambition der Vereinbarung siehe Meuleman und Niestroy 2015; Ari und Sari 2017).

Nachhaltigkeitspolitik im Anthropozän könnte, diesen grob skizzierten Entwicklungslinien folgend, auf folgende Formel gebracht werden: Sämtliche Akteure sind horizontal (über nationale Grenzen hinweg) und vertikal (über Governance-Ebenen hinweg, von der globalen bis zur individuellen Ebene) in einen Koordinations- und Kooperationszusammenhang zu bringen, ihnen sollten ausreichend Optionen und Anreize zu nachhaltigem Verhalten und Handeln zur Verfügung gestellt werden und die diesbezüglich notwendigen finanziellen Mittel und technologischen Infrastrukturen sollten fair verteilt werden. Es würde dann darum gehen, Gesellschaften in der Klimakrise nach diesen Vorgaben zu regieren und vor allem, unter dem Aspekt der Ressourcenschonung, effizient zu managen, Grenzwerte des Naturverbrauchs festzulegen und Akteurshandeln zur Einhaltung die-

ser Grenzen zu motivieren – wenn nicht sogar dazu zu verpflichten – sowie in neue technische Möglichkeiten zu investieren und diese aktiv zu fördern (siehe für eine Zusammenfassung dieser Logiken Schlosberg 2016). Vor diesem Hintergrund drängt sich nahezu die Frage auf: Braucht Nachhaltigkeitspolitik im Anthropozän überhaupt das Demokratische?

Tatsächlich werden in der öffentlichen, wie in der wissenschaftlichen Debatte in den letzten Jahren die demokratischen Rahmenbedingungen der Nachhaltigkeitstransformation und der Klimagovernance stärker thematisiert und hinterfragt. Verbunden mit dieser Thematisierung sind unter anderem das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion, welche die gegenwärtigen und insbesondere zukünftigen sozialen und ökologischen, durch die Klimakrise hervorgerufenen Schäden, als Anlass zur Mobilisierung nehmen und politische Eliten an ihre klimapolitischen Vereinbarungen und Zusagen erinnern (Martiskainen et al. 2020). Doch auch der insbesondere in europäischen Nationalstaaten erstarkende Populismus, welcher häufig klimaskeptische Haltungen in den nationalen Bevölkerungen aufgreift und befördert, zeigt die Risiken einer Nachhaltigkeitspolitik an, welche „am Demos vorbei“ entworfen und durchgesetzt wird (Lockwood 2018; Huber et al. 2021). Politische Eliten und Entscheidungsträger*innen werden, diesen Entwicklungen folgend, in der Zukunft immer häufiger daran gemessen werden, dass die eingeschlagenen Pfade einer Nachhaltigkeitstransformation inklusiv und partizipativ umgesetzt werden und dass an der Zukunft orientierte Lösungen bei der Planung und prozessbegleitend demokratisch organisiert werden müssen.

Demokratische Nachhaltigkeitspolitik kann und sollte jedoch nicht auf die Funktionen der Legitimation und Akzeptanzbeschaffung reduziert werden. Die beiden schillernden Begriffe Demokratie und Nachhaltigkeit bilden ein Spannungsfeld, das in der wissenschaftlichen Literatur sowohl in Bezug auf die existierenden Herausforderungen als auch auf ihre Interaktionen sehr unterschiedlich diskutiert wird – einfache Kongruenzen sind hier nicht zu erwarten (Pickering et al. 2020; siehe ebenso Gesang in diesem Band). Der nächste Abschnitt gibt einen Überblick über diese unterschiedlichen Perspektiven auf das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit und lotet zur Orientierung in diesem Forschungsfeld einige zentrale thematische Schwerpunkte und Debatten aus.

2 Demokratie und Nachhaltigkeit – unüberwindbare Spannungen?

„How can sustainability be put in place within a democratic framework, that is, how can sustainability be democratic?“ (Heidenreich 2018, S. 360)

Indem er diese Frage stellt, legt Heidenreich nahe, dass Nachhaltigkeit und Demokratie nicht per se in einem harmonischen Verhältnis zueinander stehen. Die Vermutung, dass ihre Beziehung tatsächlich eher als gespannt betrachtet werden könnte, rufen ähnliche Fragen anderer Wissenschaftler*innen hervor: „Does Climate Change Trump Democracy?“ (Stehr (2016, zitiert nach Peters 2019, S. 136) beispielsweise, oder „[...] how much or what sorts of sustainability and ecological concerns is compatible with liberal democracy?“ (Barry 2001, S. 59f). Tatsächlich ist das Verhältnis von Nachhaltigkeit und (liberaler) Demokratie bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten Gegenstand kontroverser Diskussionen, insbesondere im Bereich der sog. „Green Political Theory“.

Eine breitere Debatte rund um die Vereinbarkeit von Liberalismus – und damit auch liberaler Demokratie – und Umwelt findet aus Sicht verschiedener Wissenschaftler*innen bereits seit den 1990er Jahren statt (Stephens 2016, S. 63f; Wissenburg 1998, S. 79). Einen zentralen Bezugspunkt bildete damals Wissenburgs renommiertes Werk „Green Liberalism: The Free and Green Society“ (Stephens 2016, S. 63f). Tatsächlich wurden in dieser Frühphase, Mitte der 1990er, eine ganze Reihe vor allem konzeptueller und theoretischer Beiträge zu dieser Debatte veröffentlicht (siehe Achterberg 1993; Demirovic 1994; Eckersley 1995), darunter auch bereits fokussierte Sammelbände wie „Democracy and the Environment. Problems and Prospects“ (Lafferty und Meadowcroft 1996) und „Democracy and Green Political Thought. Sustainability, Rights and Citizenship“ (Doherty und de Geus 1996).² Nichtsdestotrotz, so kritisieren einzelne Wissenschaftler*innen, seien noch viele unzureichend bearbeitete und daher weiter ungeklärte Fragen mit Blick auf das Verhältnis von (liberaler) Demokratie und Nachhaltigkeit offen. Heidenreich zufolge gibt es zwar eine „extensive debate concerning the question as to what degree sustainable politics and liberal ideas contradict each other“ (Heidenreich 2018, S. 359), gleichzeitig habe sich die auf normative Aspekte von Politik und Demokratie fokussierte Politische Theorie aber bisher nur unzureichend mit den Konsequenzen einer Großen Transformation für das liberal-demokratische Sys-

2 Empirische Analysen finden sich z.B. in Midlarsky 1998.

tem auseinandergesetzt – eine entsprechende Debatte sei erst jetzt in der Entstehung begriffen (ebd., S. 358).

So erschienen unlängst verschiedene Beiträge, Aufsatzsammlungen und Handbücher, welche die Debatten im „Demokratie-Nachhaltigkeits-Nexus“ kartiert und in unterschiedliche Richtungen erweitert haben (Schlossberg et al. 2019; Pickering et al. 2020; Bornemann et al. 2022).³ Dabei kann das Verhältnis beider Begriffe vor dem Hintergrund unterschiedlicher konzeptueller und empirischer Überlegungen verschiedenen Typen zugeordnet werden. Gegenwärtig viel diskutiert ist Eckersleys (2019) Unterscheidung zwischen „Ecological Democracy“ und „Environmental Democracy“. Knapp zusammengefasst geht das Konzept der „Environmental Democracy“ davon aus, dass eine Versöhnung zwischen demokratischen und nachhaltigkeitsbezogenen Idealen weitgehend durch eine Reform bestehender Institutionen der liberalen Demokratie und des Kapitalismus erreicht werden könnte. Gegenstand dieser Reformen seien u.a. eine stärkere Integration und Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Perspektiven, eine Ausweitung substanzieller und prozeduraler Umweltrechte sowie insgesamt eine Orientierung am Leitbild der ökologischen Modernisierung. „Ecological Democracy“ formuliere hingegen eine grundlegendere Kritik am neoliberalen Umweltschutz und spräche sich für eine politische Agenda aus, die insgesamt transformativer, partizipativer, kosmopolitischer und ökozentrischer ausgerichtet sei als innerhalb des „Environmental Democracy“-Ansatzes. Diese Gegenüberstellung kann, wenn einzelne Variablen wie Werte, Menschenbild, Einstellung zum Liberalismus, Vision von sozialem Wandel, relevante Institutionen und Akteure, etc. betrachtet werden, auch als Spektrum bezeichnet werden, welches zur graduellen Bestimmung und Einordnung empirischer Phänomene an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit genutzt werden kann (Pickering et al. 2020, S. 4).

Anhand dieser Dimensionen ist bereits abzulesen, welche Schwerpunkte die Forschung entlang des „Demokratie-Nachhaltigkeit-Nexus“ in den letzten Jahren gesetzt hat. Zum einen wurden die in den 1990er Jahren aufgeworfenen theoretischen Debatten weiter vertieft und um neue Per-

3 Dabei lassen sich auch immer wieder Beiträge identifizieren, welche die Frage aufwerfen, ob autoritäre Systeme auf Basis ihrer „Umwelt-Performance“ nicht bessere Rahmenbedingungen bzw. eine bessere Eignung zur Umsetzung von Nachhaltigkeit aufweisen würden. Etwaige Debatten rund um die Begriffe „Ökoautoritarismus“ oder „Öko-Diktatur“ (Ophuls 1977; Pötter 2010) wollen wir an dieser Stelle jedoch nicht weiter vertiefen, da die Demokratie bzw. das Demokratische den normativen Ausgangspunkt unserer Überlegungen bildet und sämtliche Problemlösungsansätze das hier skizzierte Spannungsfeld als Bedingung voraussetzen.

spektiven ergänzt: der „Grüne Liberalismus“ (De Geus 2001; Wissenburg 2001; Stephens 2016), der „Grüne Republikanismus“ (Barry 2008; 2012; Cannavò 2016; Pinto 2020) sowie eine Reihe kritischer und nicht-westlicher Ansätze (Blühdorn 2013; Biro 2016; Godrej 2016; Inoue et al. 2020) bereichern die Debatte um unterschiedliche Problemdiagnosen und Lösungsansätze. Allen ist jedoch gemein, dass das liberale Institutionen-Setting als Ausgangspunkt und Folie zur Abgrenzung dient. So wird bspw. der große Stellenwert von Individualität im Liberalismus problematisiert, mit dem in der Regel die Norm der Akkumulation von Konsumgütern und Besitz einhergeht, sodass in der Folge das gute Leben implizit mit befriedigten materiellen Wünschen gleichgesetzt würde (De Geus 2001, S. 28). Abhängigkeiten von der Natur oder anderen Menschen spielen vor diesem Hintergrund sowohl aus Eckersleys Sicht (2004) als auch aus Sicht anderer Wissenschaftler*innen keine Rolle: im Liberalismus dürfe das Individuum die Natur nach Belieben für seine Zwecke nutzen oder sie sich aneignen und sei ihr nicht unterworfen.

Weitere themenspezifische Diskurse behandeln Partizipation, Anerkennung und einen erweiterten Zugang zivilgesellschaftlicher Gruppen zu demokratischen Entscheidungsprozessen (Gabrielson 2008; Peters 2019), sowohl was konstruktive Reformverschlüsse (Delina 2018; Bohn 2019), kritische Perspektiven auf aktuelle Entwicklungen (Blühdorn und Butzlaff 2020) oder partizipative Möglichkeiten jenseits des nationalstaatlichen Raums (Mert 2019) betreffen. Gerade wenn es um die Demokratisierung politischer Institutionen mit dem erklärten Ziel geht, Nachhaltigkeitsbelange stärker zu berücksichtigen – unabhängig davon, ob es sich um kommunale Prozesse oder globale Umweltgovernance handelt – ist die aktive Partizipation vormals wenig berücksichtigter oder ausgeschlossener Akteure zu einer Schlüsselstrategie avanciert. Beteiligung, sowohl als normative Orientierung wie als praktischer politischer Prozess, findet demnach auch in der wissenschaftlichen Literatur breite Aufmerksamkeit. Neu entstehende soziale Bewegungen, die sich insbesondere als Stimme zukünftiger Generationen verstehen sowie im Interesse nicht-menschlicher Lebewesen handeln, sind daher zunehmend Gegenstand wissenschaftlicher Reflektion im Demokratie-Nachhaltigkeit-Nexus (Martiskainen et al. 2020; Stuart et al. 2020; Asara 2022). Hierbei gesehnte Veränderungen werden nach wie vor überwiegend mit den Aktivitäten „neuer“ oder bislang wenig beachteter Akteursgruppen verknüpft, auch wenn häufig unklar ist, ob und wenn ja, wie vorgebrachte politische Forderungen demokratische Institutionen überhaupt „nachhaltig“ beeinflussen können.

Ein weiterer zentraler Forschungsschwerpunkt geht eben dieser Frage nach der Absicherung eines sich stets verändernden politischen Klimas

und der Verstetigung nachhaltigkeitspolitischer Entscheidungen nach und fokussiert auf die Entwicklung von (in der Verfassung verankerten) Umweltrechten (Hayward 2005; Barry 2008; Hiskes 2009; Daly 2012; Gellers 2017). So argumentieren Baber und Bartlett (2019):

if something approximating ecological democracy is ever to be realized in the human environment – something beyond the imaginings of theorists and utopian fiction writers – then it will be necessary for a significant body of environmental rights to be universally recognized, and for governance arrangements to be created that will give them substantive impact via an extended rule of law. (S. 12)

Solche Argumente bauen auf der Annahme auf, dass auch im Anthropozän, einem Zeitalter in dem die Menschheit ihre Verantwortung für die statt findenden geophysischen Veränderungen zunehmend anerkennt, die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten immer noch von einer kapitalistischen, wachstums- und wettbewerbsorientierten Grundhaltung bestimmt werden, welche die rapide Ausweitung von Umweltrechten notwendig macht. Diese sei sowohl nötig um vergangene Schäden angemessen zu adressieren als auch nachhaltigkeitsbezogene Verpflichtungen auf Basis dieser Rechte aussprechen zu können.

Dies sind nur einige Blitzlichter einer sich rasant entwickelnden Forschungslandschaft an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit (für einen detaillierten Überblick zu weiteren Themengebieten siehe Bornemann et al. 2022). Eines wird hier jedoch bereits deutlich: die Entwicklung der Forschungsliteratur in diesem Feld hängt direkt mit den großen Herausforderungen zusammen, vor denen liberale Demokratien momentan stehen, und die Anlass zur Skepsis geben, ob die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig mit der gebotenen Entschlossenheit getroffen werden. Doch inwiefern wird das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit hier genau problematisiert?

Für eine Annäherung an das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit kann zunächst der Blick von der jeweils einen auf die andere Seite gerichtet werden: kann Demokratie zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, und bieten sich Nachhaltigkeitsherausforderungen überhaupt für demokratische Lösungsansätze an? Dabei gilt es zudem die unterschiedlichen Ebenen zu bedenken, denn das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit stellt sich grundverschieden dar, je nachdem ob wir kommunale, nationalstaatliche oder globale Prozesse beobachten. Wir werfen zunächst einen Blick auf die demokratischen „Shortcomings“ wenn es um die Durchsetzung und Umsetzung von Nachhaltigkeit geht, und gehen an-

schließlich dazu über zu ergründen, inwiefern Nachhaltigkeits Herausforderungen besondere Hürden für demokratische Governance darstellen.

Dem liberalen demokratischen System wird häufig vorgeworfen für die Beförderung einer Nachhaltigkeitstransformation schlecht aufgestellt zu sein. Dafür wird erstens der kurze Zeithorizont herangezogen, in dem sich wesentliche demokratische Institutionen erneuern: kurze Legislaturperioden motivierten eine anhaltende Kurzsichtigkeit auf Ebene der gewählten Repräsentant*innen des Volkes, was die Planung und Vision größerer politischer Projekte erschwere (Ellis 2016; Smith 2021). Dies sei einer der zentralen Gründe für die Gegenwartsfixierung demokratischer Politik. Ein zweiter Grund sei die Verstrickung von politischen und wirtschaftlichen Interessen durch Lobbying und anderer Formen der Einflussnahme auf den Agenda-Setting Prozess, welche häufig progressivere Nachhaltigkeitspolitiken blockierten oder diesen zumindest entgegenliefen (Eckersley 2004; Fuchs et al. 2016). Während korporatistische Systeme auf Interessensausgleich und die Einbindung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gruppen in politische Entscheidungsprozesse abzielen und damit sicherstellen, dass Interessen in der Breite repräsentiert werden können, hat sich dieser Zugang aufgrund des immens gewachsenen Einflusses wirtschaftlicher Interessensgruppen als demokratische Schwachstelle erwiesen. In Deutschland etwa werden wirkungsvolle Schutzmechanismen zwar regelmäßig öffentlich diskutiert, doch hohe Honorare für Vorträge oder gut dotierte Aufsichtsratsposten für politische Mandatsträger sind dabei nur die sichtbare Spitze eines mittlerweile eng verzahnten Politik-Ökonomie-Komplexes. Eine tatsächliche, effektive Regulierung dieser Verquickung lässt weiter auf sich warten. Eine dritte mögliche Barriere des demokratischen Systems für eine gezielte Förderung und Umsetzung ambitionierter Nachhaltigkeitspolitik und weitreichender Klimaschutzmaßnahmen wird im hohen Stellenwert persönlicher Freiheitsrechte gesehen. „Das“ liberale Menschenbild wird oftmals insofern als „individualistisch“ charakterisiert, als dass die individuelle Freiheit des Individuums hier als Ausgangspunkt dient und staatliche Eingriffe in diese Freiheit nur möglichst zurückhaltend erfolgen sollten (Schuck 2002, S. 132ff; Wissenburg 1998, S. 36ff; Wissenburg 2001, S. 192). Individuelle Freiheit dürfe insbesondere nicht mit dem Verweis auf ein substanzielles Wohl der Gemeinschaft beschnitten werden – jede*r Bürger*in soll hingegen „seine“ bzw. „ihre“ Version des guten Lebens weitestgehend unbehelligt verwirklichen können (Eckersley 1996, S. 212; Schuck 2002, S. 141). Der liberale Staat wird hier in der Rolle gesehen, nach Möglichkeit bestehende Freiheiten zu garantieren oder gar auszuweiten. Es gibt nur wenige Rechtfertigungen, welche die Einschränkung unternehmerischer und persönlicher Freiheiten – und damit selbst-

verständlich die Freiheit der Produktion und des Marktes wie auch die Freiheit des Konsums – aus dieser Perspektive begründen können. Die im Frühjahr 2020 einsetzende Corona-Pandemie hat hier sicher geglaubte Weisheiten erschüttert: die Einschränkung umfassender persönlicher und sozialer Freiheiten, und dadurch die Inkaufnahme eines unvergleichbaren Einbruchs des BIPs nahezu aller Volkswirtschaften, zum Schutz menschlicher Gesundheit und im Interesse gesellschaftlicher Wohlfahrt war bis zu diesem Zeitpunkt undenkbar. Es bleibt abzuwarten, ob Gesellschaften aus der Pandemie Lehren für nationale Nachhaltigkeitspolitiken ziehen werden, doch aller Voraussicht nach werden es Befürworter*innen notwendiger Reduktionspfade und einer Politik der Suffizienz in der gegenwärtigen Kultur eines Freiheitsbegriffs, der auf die Ausweitung stetig wachsender Optionen setzt, weiterhin sehr schwer haben (siehe Dierksmeier in diesem Band).

Wenn wir nun die Frage „andersherum“ stellen, fragen wir nicht nur, ob Demokratie Nachhaltigkeit kann (siehe Gesang in diesem Band), sondern umgekehrt auch, ob Nachhaltigkeit Demokratie kann. Wir versuchen also herauszufinden, ob sich die bestehenden Herausforderungen überhaupt für eine demokratische Bearbeitung eignen und stoßen dann auch hier sehr schnell auf tiefe Vorbehalte. Erstens sind Nachhaltigkeitsprobleme in der Regel hochkomplex und stellen bereits für die wissenschaftliche Forschung und die wissenschaftsinterne Kommunikation (interdisziplinär – zwischen den Disziplinen – und transdisziplinär – zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Gruppen) erhebliche Hürden da. Wie wirksam Politiken in Bezug auf eine angestrebte Transformation vor dem Hintergrund komplexer Nachhaltigkeits- und Klimazusammenhänge sein können, ist damit stets von hoher Unsicherheit geprägt. Wenn Umweltprobleme, zweitens, spezifische Grenzwerte überschreiten sind diese zudem irreversibel, d.h. sie können nachträglich nicht rückgängig gemacht werden, was der „Natur“ des demokratischen Systems, dessen Entscheidungen stets reversibel sein sollen, um den Willen der gegenwärtig souveränen Bevölkerung abbilden zu können, zuwiderläuft (Ellis 2016). Letztlich sind, drittens, der Klimawandel wie auch eine ganze Reihe weiterer Umweltprobleme grenzüberschreitend, d.h. sie lassen sich nicht allein im nationalen Kontext bearbeiten, wovon der mittlerweile riesige Umfang der globalen Klimagovernance ein eindrückliches Zeugnis ist. Da der Klimawandel immense globale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten produziert, müssten diese „externen Effekte“ im demokratischen Prozess mitgedacht werden und Gegenstand von Verhandlung und Entscheidung sein. Genau dies ist jedoch selten bis nie der Fall: die Temporalität und die Globalität, also die zeitlichen und räumlichen Dimensionen der Klima-

und Umweltkrisen, übersteigen für gewöhnlich den Horizont demokratischer Institutionen. Davon sind insbesondere Fragen der Repräsentation berührt (Thompson 2010; Monaghan 2013; Beyleveld et al. 2015; Bertenthal 2020). Während die Umsetzung von Nachhaltigkeit die Einbeziehung der Interessen aller Betroffenen, d.h. auch der Interessen von Menschen außerhalb jeweiliger nationalstaatlicher Grenzen, noch nicht geborener Menschen und eventuell sogar nicht-menschlicher Wesen, voraussetze, würden in der liberalen Demokratie nur die Interessen der jeweils wahlberechtigten Bürger*innen repräsentiert und nur diese fänden Eingang in politische Entscheidungsprozesse (und selbst das ist nur idealtypisch der Fall, wie jüngere Studien der Responsivitätsforschung zur Übereinstimmung von politischen Entscheidungen und dem Willen der Bürger*innen nahelegen; Elsässer et al. 2017, siehe auch Siepker in diesem Band). Die Politik diene damit zwar dem Wohl der Gemeinschaft, allerdings einer (u.a. räumlich und zeitlich) sehr eng bemessenen anthropozentrisch gedachten Gemeinschaft, und insbesondere die Repräsentation der Interessen *aller* von nachhaltigkeitsrelevanten Entscheidungen Betroffener sei somit kaum möglich (Eckersley 2004, S. 93; Blühdorn 2010, S. 8; Gesang 2014, S. 22ff).

Diese skeptischen und teilweise düsteren Diagnosen hindern jedoch viele Akteure nicht daran, immer wieder aufs Neue – mit neuen Modellen, neuen Methoden, neuen Experimenten – den Versuch zu unternehmen, die inhärenten Spannungen von Demokratie und Nachhaltigkeit zu überwinden oder zumindest zu verringern. Dieser Band zu aktuellen Perspektiven auf das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit versteht sich ebenso nicht als eine bloß erneute Problematisierung und Aufzählung der oben angeführten Herausforderungen. Die hier versammelten Autor*innen sind geeint in der Suche nach Ideen und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten wie eine Nachhaltigkeitstransformation demokratisch gelingen kann, sowohl in kurzfristiger als auch in mittelfristiger Perspektive. Oder anders formuliert: Die Frage „how to reconcile two normative ideals: ensuring environmental sustainability while safeguarding democracy“ (Pickering et al. 2020, S. 1) zieht sich explizit oder implizit durch alle Beiträge. Diesem Anspruch folgend sind die Beiträge des Bandes in drei Sektionen aufgeteilt: (1) „Konzeptuelle Debatten“, welche über den Weg der Reflektion neue Wege aufzeigen und Denkanstöße geben möchten, (2) „Praktische Herausforderungen“, die auf das Handeln von Akteuren blicken die sich bereits heute der demokratischen Bearbeitung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen verschrieben haben, und (3) „Demokratische Entwürfe“, die konkrete strukturelle und institutionelle Vorschläge dazu unterbreiten, wie die Demokratie in Zukunft responsiver und in vielerlei Hinsicht „angemessener“ auf Nachhaltigkeitsherausforderungen reagieren

kann. Der Band wirft damit einen Blick auf das politische Denken, das politische Handeln und das politische Gestalten an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit.

3 Konzeptuelle Debatten

Im Kontext klima- und nachhaltigkeitspolitischer Debatten macht sich unter einer Vielzahl von Akteuren eine gewisse Skepsis gegenüber der Notwendigkeit theoretischer und ethischer Reflektion breit. So wird gerade unter Bewegungsakteuren und zivilgesellschaftlichen Initiativen häufig die Meinung geäußert, die Politik müsse nur konsequenter und vor allem zügiger Akteure zu verantwortungsvollem Handeln verpflichten und Fehlverhalten stärker regulieren; die wissenschaftlichen Fakten seien schließlich lange bekannt, jetzt gelte es zu handeln. Gemessen an der Dringlichkeit und Größe der zu bewältigenden Herausforderungen ist dieser Handlungsauftrag sicherlich richtig und faktisch wie moralisch geboten. Und doch liegt in der Auftrennung von praktischem politischem Handeln, auf der einen, und der Reflexion über demokratische Governance, auf der anderen Seite, eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Anhand der folgenden viel zitierten Formulierung Max Webers (1978) lässt sich die Relation von Handeln und Reflektion als miteinander integriert fassen:

Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte (S. 252).

Reflektion ist notwendig, um die eingeschlagenen Pfade des politischen Handelns nachzuverfolgen und ggf. (rechtzeitig) korrigieren zu können. Nach einem klassischen Politikverständnis geht es in der Politik stets um die Aggregation von Interessen und Präferenzen und darum, bei der Verteilung von Gütern und (materiellen wie immateriellen) Werten einen fairen Ausgleich anzustreben. Doch im Feld der Nachhaltigkeitspolitik geht es, heute vielleicht mehr als in jedem anderen Politikfeld, verstärkt um Präferenztransformation, um das Abändern eingetretener Pfade und Verhaltensgewohnheiten sowie der Abkehr von BAU (Business As Usual)-Strategien, auf individueller wie auf institutioneller Ebene (Bohn 2019; Gumbert 2022). Dazu bedarf es spezifischer Fähigkeiten und Tugenden, die im demokratischen System ausgebildet, geschult und ständig wiederholt werden müssen und ebenso einer Reflektion auf Ebene der Kultur

– Webers Weltbilder – um soziale Handlungen und Praktiken in einen größeren Gesamtzusammenhang einordnen und Orientierung bieten zu können.

Das Feld der Environmental Political Theory (stellvertretend Gabrielson et al. 2016; Vanderheiden 2020) leistet eben diese wichtige Funktion der theoretischen Reflektion und Orientierungshilfe. Perspektiven darauf, wie nachhaltigkeitspolitische Strategien entworfen und umgesetzt werden sollten, unterscheiden sich teilweise enorm, je nachdem, ob beispielsweise eine liberale, republikanische, kommunitaristische oder radikaldemokratische Perspektive angelegt wird (siehe z.B. Machin 2013). Sie differieren etwa in Bezug auf das zugrunde gelegte Menschenbild oder den Stellenwert, der einzelnen Werten (Freiheit, Gleichheit, Gemeinschaft, etc.) beigemessen wird und legen dementsprechend verschiedene normative und ethische Maßstäbe an. Insbesondere der Begriff der Ethik selbst bedarf in klima- wie nachhaltigkeitspolitischen Debatten einer Klärung, damit nicht vermeintlich *softe* ethische Prinzipien den *harten* politischen und ökonomischen Realitäten entgegengestellt werden, um deren Relevanz dadurch zu mindern. **Anne Käfer** diskutiert in diesem Band die Bedeutung der Ethik für Fragen demokratischer Nachhaltigkeitspolitik. Die Unterscheidung der Sphären „Ethik“ und „Politik“ ermögliche es, unterschiedliche Verständnisse von „gut“ und „gerecht“ wahrzunehmen und diese von der Realität politischer Verhandlungen und politischer Kompromisse zu unterscheiden. Aufgabe der Ethik sei es, so Käfer, auf zugrunde liegende Überzeugungen aufmerksam zu machen, diese zu reflektieren und so dazu beizutragen, den Eingang dieser Vorstellungen in unterschiedliche politische Programme sichtbar zu machen.

Zu weiteren zentralen Begriffen, die insbesondere für Debatten an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit eine besondere Rolle spielen, gehört der Begriff der Freiheit. In der Öffentlichkeit als (zu) ambitioniert bezeichnete Klima- und Nachhaltigkeitsziele stehen in liberalen Demokratien schnell unter dem Verdacht, die Freiheit des Einzelnen einzuschränken und generell zu stark in die Freiheit der Produktion und des Konsums einzugreifen. Vorwürfe der Befürwortung einer Ökodiktatur oder gar der Entwicklung hin zum Ökofaschismus werden in diesem Zusammenhang immer wieder laut, um demokratische Klimapolitiken zu diffamieren. Insbesondere das Verhältnis von Freiheit und Grenzen – Grenzziehungen im Namen der Reduktion von Treibhausgasen und des Schutzes von Ökosystemleistungen – werden regelmäßig debattiert (Bohn und Gumbert 2020). Demokratische Nachhaltigkeitspolitik braucht beides: eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Grenze (siehe auch Gumbert in diesem Band), sowie eine Debatte darüber, welcher Freiheits-

begriff geeignet ist, demokratische Gesellschaften auf die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. **Claus Dierksmeier** leistet in diesem Band einen Beitrag zu dieser Debatte, indem er sich für einen qualitativen Freiheitsbegriff (gegenüber einer quantitativen Ausrichtung) ausspricht, um damit unter anderem den scheinbaren Konflikt zwischen Freiheit und Nachhaltigkeit aufzulösen. Durch den Fokus auf einen Begriff qualitativer Freiheit, der darauf achtet, welche Freiheiten wir einander einräumen und wessen Freiheit wir ermöglichen, sei es möglich, eine konkrete Integration liberaler und ökologischer Interessen zu verwirklichen.

Ein anderer Begriff, der aus der Debatte um demokratische Nachhaltigkeitspolitik nicht mehr wegzudenken ist, ist der Begriff der Verantwortung. Gerade wenn, wie oben ausgeführt, demokratische Nachhaltigkeitspolitik freiheitliches Handeln innerhalb notwendiger sozialer und ökologischer Grenzen stützen und verteidigen sollte, erweist er sich als ein immer stärker anleitendes Handlungsprinzip. Der Verantwortungsbegriff hat Verpflichtungscharakter, denn wer Verantwortung übernimmt, erkennt entweder vergangene Schäden an, bedenkt die in die Zukunft weisenden Folgen des eigenen Handelns und/oder ist an einer aufrichtigen Klärung wichtiger Fragen sowie der Lösung gegenwärtiger Problemlagen interessiert. Dafür bedarf es jedoch eines Bewusstseins dieser Probleme sowie der zugrundeliegenden Zusammenhänge und der Freiheit (und Ressourcen), das Handeln nach den eigenen Vorstellungen auszurichten. Diese wesentlichen Voraussetzungen für die Übernahme sowie für die Zurechnung von Verantwortung werden heute vor besondere Herausforderungen gestellt, die verantwortliches Handeln erschweren. Die Folgen des individuellen wie kollektiven Handelns sind im Kontext des Nachhaltigkeitsbezugs räumlich und zeitlich entgrenzt, das heißt es ist nicht mehr einsehbar, an welchen Orten und zu welcher Zeit sich Folgen materialisieren. Um Verantwortungsübernahme gesellschaftlich zu stärken, müssen jedoch die Perspektiven der Globalität und der Intergenerationalität eine feste Bezugsgröße für individuelles und kollektives Handeln werden. **Armin Grunwald** nimmt sich in diesem Band den Dilemmata und Herausforderungen des Verantwortungsbegriffs in liberalen Konsumgesellschaften an. Ausgehend von der These, dass Konsument*innen einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Klimakrise leisten können (unter erheblichem moralischen Druck auf das individuelle Konsumhandeln, wohlgermerkt) argumentiert er, dass Konsument*innenverantwortung zwar notwendig sei, die Einführung auf diese jedoch die Nachhaltigkeitskrise nicht lösen könne. Nur in Verbindung mit Bürger*innenverantwortung, die er wesentlich weiter fasst, könne der Wandel gelingen.

Diese konzeptuellen Debatten an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit legen der Wissenschaft selbst eine besondere Verantwortung auf. Die Zusammenhänge zwischen demokratischem System und den diversen Nachhaltigkeits Herausforderungen erfordern ein konstantes Prüfen auch neuer Studien und Forschungsergebnisse, die zunächst nicht im engeren Sinne dem Themenkomplex zugehörig erscheinen. **Basil Bornemann** setzt sich auf theoretischer Ebene mit zwei aktuellen Phänomenen auseinander, die jeweils unterschiedliche Dynamiken entwickelt haben und doch auf vielfältige Weise aufeinander verweisen: der Nachhaltigkeitstransformation und dem Erstarren des Populismus. Dabei nimmt er die möglichen Interaktionen aus beiden Richtungen in den Blick, die Nachhaltigkeitstransformation als Treiber oder Bremsen des Populismus, sowie den Populismus als Förderer oder Hinderer der Nachhaltigkeitstransformation. In der Analyse setzt der Beitrag unterschiedliche Transformationsansätze in Verbindung zum Populismus und bietet dadurch eine aktuelle Diagnose an, wie gut (bzw. schlecht) die Nachhaltigkeitsforschung es versteht, die gesellschaftlichen Herausforderungen des Populismus in der eigenen Forschung mitzudenken und abzubilden. Damit leistet der Beitrag die bereits weiter oben angesprochene Funktion, die Forschung in ihrer Selbstreflexivität und Orientierung zu unterstützen und damit auch gesellschaftliche Bearbeitungsstrategien anzuleiten.

4 Praktische Herausforderungen

Im Zusammenhang mit der Bewältigung der Klimakrise sowie drängenden Nachhaltigkeits Herausforderungen wird die aktive Rolle von Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen von der medialen Öffentlichkeit immer häufiger eingefordert und zunehmend von politischer Seite auch entsprechend gefördert. Dabei ist insbesondere der Einbezug von Individuen in nachhaltigkeitsbezogene Verfahren und Projekte in den letzten Jahrzehnten rasant fortgeschritten. So sind etwa im Rahmen der Energiewende die Möglichkeiten individueller Beteiligung auf vielfältige Weise ausgebaut worden, von Möglichkeiten an Informationsveranstaltungen teilzunehmen, über finanzielle Teilnahmemodelle (Anteile an neu entstehenden Windanlagen) bis hin zur Teilnahme an Deliberations- oder Planungsverfahren selbst. Insgesamt profitieren gerade beteiligungswillige Bürger*innen davon, dass die Prozessdimension politischer Entscheidungen gegenüber der reinen Output-Dimension in den letzten Jahrzehnten beständig an Bedeutung gewonnen hat (Newig et al. 2011). Diese Entwicklungen sind alles andere als zufällig, haben doch sowohl öffentliche

als auch private Akteure ein Interesse daran, ein gewisses Maß an bürger*innenschaftlicher Beteiligung zu gewährleisten. Zum einen dient Beteiligung der Legitimation politischer Entscheidungen in Sachfragen, die sich ständig zunehmender Komplexität sowie von großer Vielfalt geprägter normativer Urteile ausgesetzt sehen. Zum anderen hat die Neoliberalisierung des Staates, d.h. die Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Versorgungsleistungen, die Bedeutung der Nachfrageseite und den Fokus auf den Energieverbrauch privater Haushalte besonders gestärkt.

Diese Prozesse der Ausweitung bürger*innenschaftlichen Engagements können von außen betrachtet als ein „Mehr an Demokratie“ gelesen werden, bzw. tragen auf diese Weise zur Entstehung neuer Kanäle potenzieller Einflussnahme und Mitbestimmung durch die Bevölkerung bei. Dabei ergeben sich für die Prozesse selbst besondere Herausforderungen: Fairness, Mitbestimmung sowie eine gleiche Interessensgewichtung sind als Ziele dabei nur durch umfassende Reflektion und ein adäquates Verfahrensdesign von Beginn an zu gewährleisten. Ein zentrales Grundanliegen ist dabei die Repräsentativität der Gruppe der Beteiligungswilligen. **Lena Siepker** diagnostiziert in diesem Band die Ungleichverteilung von Engagement und Beteiligung in Deutschland als ein zentrales Hindernis für eine gelingende sozial-ökologische Transformation. Siepker diskutiert in ihrem Beitrag Kriterien, nach denen sich Beteiligung unterscheidet und skizziert darauf aufbauend vier Lösungsansätze: die Förderung politischer Gleichheit, die Förderung der Inklusivität zivilgesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten, die Förderung der Responsivität politischer Entscheidungsträger*innen sowie die Förderung der Integration des Nachhaltigkeitsgedankens in das Gemeinwohl.

Während der Beitrag Ansatzpunkte für Reformen hinsichtlich individueller Beteiligung auf Ebene demokratischer Institutionen diskutiert (z.B. Ausweitung und Diversifizierung bürger*innenschaftlicher Beteiligungsoptionen), muss der Blick zusätzlich auch auf konzertiertes Engagement und den Zusammenschluss zu kooperativen Vereinigungen und Verbänden seitens der Bürger*innen gelegt werden. Die Forderung nach neuen sozial-ökologischen Transformationspfaden ist gegenwärtig eng mit der Kultivierung neuer, kollektiver und politisch verorteter Konsumpraktiken verknüpft, insbesondere, da der dominante Fokus auf die individuelle Modifizierung von Konsument*innenverhalten zunehmend als politisch ungenügend angesehen wird (Kasper 2016). Dabei organisieren sich Konsument*innen immer öfter im Rahmen gemeinschaftlicher Initiativen (z.B. Foodsharing) mit dem Ziel, den nicht-nachhaltigen Umgang mit spezifischen Gütern oder Ressourcen zu verändern und die dazu gehöri-

gen Alltagspraktiken zu restrukturieren (Schlosberg/Coles 2016). Durch solche Initiativen können wichtige Impulse für neue Organisationsmodi im Bereich der Produktion, Distribution oder des Konsums entstehen sowie damit verbunden alternative Formen demokratischer Teilhabe. **Sigrid Kannengießer** diskutiert in diesem Band entlang dieser Überlegungen die Schnittstelle von politischer Partizipation, kritischem Konsum und Nachhaltigkeit anhand eines praktischen und überaus aktuellen Beispiels: der Entwicklung und Verbreitung von Repair-Cafés. In Reparaturinitiativen engagieren sich Menschen mit dem Ziel, Nachhaltigkeit zu fördern und werten ihr Handeln, gerade auch durch die Gemeinschaft vor Ort, häufig als Form der politischen Partizipation. Obgleich die Ausweitung der Praktik des Reparierens, so Kannengießer, die Gesellschaft potenziell nachhaltiger mache, indem sie durch Nutzungsdauerverlängerung sowohl zur Ressourcenschonung als auch zur Müllvermeidung beitrage, so müssten Lösungen vor allem auch jenseits der Mikroebene der Alltagspraktiken ansetzen, um strukturelle Treiber zu adressieren.

Neben den von Kannengießer diskutierten konsumkritischen Praktiken sind es zunehmend auch dezidiert politische Initiativen welche sich – im Gegensatz zu den Initiativen, die einen Beitrag über praktische Reduktionsbemühungen leisten – über demokratische Wege für eine grundlegende Berücksichtigung nachhaltigkeitsrelevanter Belange in verschiedenen Sektoren engagieren. Der Beitrag von **Christian Wimberger** und **Benedikt Lennartz** befasst sich am Beispiel des Sorgfaltspflichtengesetzes und der Initiative Lieferkettengesetz exemplarisch mit den Hindernissen und Hürden, mit denen sich solche politischen Initiativen auseinandersetzen müssen. Die enge Verzahnung von wirtschaftlichen und politischen Interessen führt im demokratischen System häufig zu einer Verlangsamung bzw. einem dauerhaften Aufschub von Gesetzesinitiativen, die Akteure zu umfassenderem nachhaltigem Handeln verpflichten wollen, wo freiwillige Selbstverpflichtungen wenig Ambition zeigen (Fuchs und Kalfagianni 2010). Das Beispiel zeigt welchen demokratischen Beitrag die außerparlamentarische Aggregation von Interessen in Form von Aktionsbündnissen und vereinzelt überaus heterogenen Interessenskoalitionen leisten kann und wie zivilgesellschaftliches Engagement, trotz Widerständen, politische Ergebnisse hervorbringen kann.

Die Sektion zu den praktischen Herausforderungen einer demokratisch organisierten Nachhaltigkeitstransformation nimmt damit verschiedene relevante Konstellationen in den Blick: angefangen mit der Berücksichtigung der Rolle individueller Bürger*innen, über zivilgesellschaftliche Initiativen und ihre praktischen Lösungsansätze für Nachhaltigkeitsherausforderungen bis hin zu dezidiert politischen Bündnissen, die von demo-

kratischen Möglichkeiten Gebrauch machen um andere Akteure zu einer kritischeren Betrachtung ihrer eigenen Operationen und ambitionierteren Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards zu verpflichten.

5 Demokratische Entwürfe

Die dritte Sektion des Bandes verhandelt schließlich die Systemebene sowie die demokratischen Institutionen selbst. Bisherige Konzeptualisierungen des Anthropozäns sind gekennzeichnet durch unvorhersehbare, abrupte und potenziell katastrophale Umweltveränderungen, die bestehende demokratische Systeme vor schier unlösbare Aufgaben zu stellen scheinen. Schreckensszenarien bestehend aus Ressourcenknappheit, stetig zunehmender, erzwungener Migration und vermehrten inner- und zwischenstaatlichen Konfliktkonstellationen geben Vorstellungen Auftrieb, dass Demokratien in ein „Age of Authoritarianism“ (Beeson 2010) abgleiten könnten, in welchem Gesellschaften technokratisch durchregiert werden. Umso wichtiger erscheint daher die Maßgabe, mögliche kurzfristige „Stellschrauben“ im demokratischen Getriebe wie langfristige Weichenstellungen der Entwicklung des Gesamtsystems aufzuzeigen. Eckersley (2015) schlägt in diesem Zusammenhang vor, die „space-time-community co-ordinates“ liberaler Demokratien zu überarbeiten: Repräsentant*innen der Demokratie seien aktuell nicht verpflichtet gegenüber Nicht-Bürger*innen – außerhalb des Staatsgebietes Lebenden, Nicht-Menschen, also Angehörigen anderer Spezies, sowie zukünftigen Generationen – Rechenschaft abzulegen. Gleichzeitig überschreiten die Problemlagen wie die notwendigen Lösungsansätze räumliche, zeitliche und Spezies-spezifische Grenzen.

Ausgehend von den oben genannten Diagnosen steht im dritten Abschnitt entsprechend die Frage möglicher Reformen und Anpassungen der Demokratie selbst im Fokus des Interesses, und damit die Frage, wie die erwähnten Grenzüberschreitungen grundsätzlich durch die Institutionen liberaler Demokratien bearbeitet werden können. Dazu bedarf es konkreter Designvorschläge – demokratischer Entwürfe – wie Veränderungen im Institutionengefüge aussehen könnten, um die bestehenden Nachhaltigkeitsherausforderungen mitzudenken und auf dieser Grundlage zu bearbeiten. Der Begriff des Entwurfs wird dabei nicht in seiner alltagssprachlichen Bedeutung des Vorläufigen oder des noch zu Überarbeitenden verstanden. Es geht vielmehr darum, etwas in seinen Grundzügen zu entwickeln: das Entwerfen ist eine notwendige Vorbedingung des Gestaltens.

In vielen demokratischen Entwürfen zur Berücksichtigung der bestehenden Nachhaltigkeitsherausforderungen findet der souveräne Volkswil-

le – ganz im Sinne des demokratischen Ideals der Selbstregierung der Bürger*innen – eine besondere Berücksichtigung. **Bernward Gesang** diskutiert in diesem Band unterschiedliche Ideen, wie direkt- und basisdemokratische Elemente mit einer Erneuerung der Institutionen einhergehen können. Ein „Führerschein für Politiker*innen“ würde über Repräsentant*innen ein öffentlich einsehbares „Persönlichkeits- und Werteprofil“ generieren, was erheblichen Einfluss auf die parteiinterne Rekrutierung von politischen Kandidat*innen, die Wahlentscheidung der Bürger*innen, als auch auf die Institution der demokratischen Wahl selbst haben könnte. Ein weiterer Vorschlag orientiert sich konkret an den zeitlichen Grenzen der liberalen Demokratie: die Institution eines Zukunftsrats oder einer Ombudsperson für zukünftige Generationen würde ein Mandat erhalten, die Interessen nachfolgender Bürger*innen zu formulieren und in legislativen Prozessen einzubringen. Dabei gilt es eine Reihe unterschiedlicher normativer und praktischer Abwägungen zu treffen, wie der Beitrag verdeutlicht.

Zur Ausgestaltung solcher zukunftsorientierten Institutionen gibt es bereits einige nennenswerte Vorschläge (siehe Gonzalez-Ricoy/Gosseries 2016 für eine Übersicht), die sich in Reichweite und Ambition deutlich unterscheiden. Insgesamt können die Ansätze zur Adressierung der institutionell eingebauten Kurzfristorientierung als eines der gegenwärtig zentralen und intensiv beforschten Untersuchungsfelder an der Schnittstelle von Demokratie und Nachhaltigkeit gelten. Der Text von **Jörg Tremmel** in diesem Band leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zu diesem Feld. Ausgehend von der grundlegend neuen Situation, mit der das Anthropozän Politik und Governance im 21. Jahrhundert konfrontiert, entwickelt er den Vorschlag einer Zukunftsinstanz welche Legislative, Exekutive und Judikative in den Funktionen ergänzt, die durch das ursprüngliche Konzept der „trias politica“ (noch) nicht abgebildet werden konnten. Der Beitrag diskutiert die konkreten Möglichkeiten einer institutionellen Aufhängung von Zukunftsinstanzen und spricht sich in diesem Zusammenhang für deren Rolle als Impulsgeber im Gesetzgebungsprozess aus, d.h. als ein unabhängiges Gremium mit Initiativrecht.

Solche an der Zukunft orientierten Institutionen berücksichtigen in ihrer Arbeit in aller Regel nicht nur die temporale Dimension von Nachhaltigkeitsherausforderungen, da die Auswirkungen des Klimawandels sowie anderer negativer Umweltveränderungen auf zukünftige Generationen mit der oben angesprochenen globalen wie innerstaatlichen Ungleichverteilung der Schäden einhergehen. Und doch ist das Mandat von Zukunftsinstanzen begrenzt, da diese sich unter der Referenzgröße des eigenen Staatsvolks und Staatsgebiets in erster Linie auf der tempora-

len Achse bewegen, das heißt, vor allem an der Schmälerung der demokratischen Gegenwartsfixierung ansetzen. **Tobias Gumbert** diskutiert in diesem Band beispielhaft am Feld des nachhaltigen Konsums, wie globale Gerechtigkeitserwägungen über demokratische Verfahren systematischer als bislang Zugang zu nachhaltigkeitspolitischen Anliegen finden können. Ausgehend von den Entgrenzungen von Produktion und Konsum – der Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Bedürfnisbefriedigung, spätestens seit den 1950er Jahren – und den unterschiedlichen Versuchen, diese zu begrenzen, argumentiert er, dass politische Maßnahmen und Strategien, gesellschaftlichen Konsum nachhaltiger zu gestalten, an den Entgrenzungphänomenen (dem Überschreiten biophysischer und gleichsam sozialer und politischer Grenzen) und deren Ursachen selbst ansetzen müssen. Damit ist gemeint, dass die Fragen nach dem Sinn und Zweck sowie den Konsequenzen von Konsum – und damit die Frage nach „unseren“ Bedürfnissen und denen anderer Menschen – wieder stärker öffentlich thematisiert werden müssen, um tatsächlich zu einem nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen zu gelangen. Tobias Gumbert stellt verschiedene Modelle vor, welche dieses Anliegen sowohl konzeptuell entwickeln als auch vereinzelt bereits praktisch umsetzen.

Die dritte Sektion stellt insofern vielleicht die grundlegendsten Fragen an demokratische Prozesse und Institutionen. Die Grundüberzeugung, die den in ihr versammelten Arbeiten gemeinsam ist, beschreibt einen engen Zusammenhang zwischen gelingender sozial-ökologischer Transformation und dem Beschreiten (oder auch Ausprobieren) neuer demokratischer Systempfade.

6 Fazit

Der vorliegende Band verfolgt das zentrale Ziel nicht nur die Herausforderungen des Demokratie-Nachhaltigkeits-Nexus aufzuzeigen, sondern einen Beitrag zur demokratischen Bearbeitung von Klima- und Nachhaltigkeitskrise zu leisten. Seine Schwerpunktsetzungen im Dreiklang konzeptuelle Debatte, praktische gesellschaftliche Lösungsansätze und systemische/institutionelle Anpassung versammeln dazu relevante, herausfordernde und inspirierende Fragen, Ideen und Beispiele. Die Herausgeber*innen und Autor*innen möchten damit zur weiteren kritischen und gleichzeitig lösungsorientierten Beschäftigung mit Thematiken an der Schnittstelle von Demokratie von Nachhaltigkeit anregen.